Humanistische Union

Nichts ist so unsicher wie der Krieg. Wer den Terror besiegen will, muss das Recht stärken

Ulrich Finckh

Grundrechte-Report 2002, S. 27-35

Wer den Terror besiegen will, m uss das Recht stärk en

Die Bilder vom Einsturz des World Trade Center am 11. September 2001 haben betroffen gemacht. Was für ein monströses Verbrechen! Und wie bedrohlich! Wer hat nicht schon mit einem leichten Schwindel von einem Hochhaus geschaut? Wer ist nicht schon geflogen mit der bangen Frage, ob alle und alles richtig funktionieren? Da bleibt das nüchterne Wissen auf der Strecke, dass es nach wie vor gefährlicher ist, eine Hauptstraße zu überqueren als ein Hochhaus zu besteigen oder mit dem Auto statt mit dem Flugzeug von Hamburg nach München zu reisen. Die Katastrophenbilder überrennen unser nüchternes Wissen. Regierungen, die seit Jahren ihre Macht ausbauen, beeilen sich, dem Gefühl der Unsicherheit populistisch nachzugeben durch das Versprechen von mehr Sicherheit, und das Militär behauptet: «Wir produzieren Sicherheit.» In Wahrheit ist nichts so unsicher wie Krieg.

Schock ist ein schlechter Ratgeber

Wenn schockierende Ereignisse verunsichern, besteht die Gefahr folgenreicher Fehlentscheidungen. Das zeigt ein Blick in die Geschichte. Der Schock über den Mord an dem Habsburger Kronprinzenpaar 1914 führte in den Ersten Weltkrieg mit über acht Millionen Toten und ungezählten weiteren Opfern. Der Schock des Reichstagsbrandes ermöglichte 1933 über das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» die Diktatur Hitlers mit Zustimmung aller konservativen, christlichen und liberalen Abgeordneten. Diesem Brand des Symbols folgte wenige Jahre später ein Weltenbrand mit Millionen Ermordeten, insgesamt über 55 Millionen Toten und vielen Millionen Vergewaltigter, Vertriebener und Verkrüppelter.

Den Schock des 11. September 2001 hat Präsident Bush in einer Weise ausgenutzt, die den genannten Beispielen des Reagierens auf eine Schocksituation nicht unähnlich ist. Er sprach sofort von einem Krieg, der den USA aufgezwungen werde, vom Kampf des Guten gegen das Böse, von einem Kreuzzug und kündigte einen lang dauernden Krieg gegen den internationalen Terrorismus

an. Auf das schauerliche Verbrechen reagierte er nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln der Strafverfolgung, sondern mit einer Kriegserklärung. Aber für den Kampf des Guten gegen das Böse sind Religionsstifter zuständig. Wo Staaten das Gute organisieren oder erkämpfen wollten, endete das stets in Gesinnungsterror und Diktatur. In Wahrheit treibt Präsident Bush ein doppeltes Spiel. Wenn er Krieg führt, muss er die Gegner als Kriegsgefangene korrekt nach den Rote-Kreuz-Konventionen behandeln. Das geschieht aber nicht, sondern sie werden als Verbrecher behandelt. Verbrechensbekämpfung ist auf die Angemessenheit der Mittel verpflichtet und darf nicht zum Luftkrieg führen. Was die USA in Afghanistan getan haben, ist mit dem Völkerrecht unvereinbar; der Anspruch Gut gegen Böse ist überzogen.

Terrorismus, die unbestimmte Größe

Terrorismus ist ein vager Begriff. Bisher gibt es zwar Konventionen gegen Piraterie und Luftpiraterie, aber in vielen Fällen ist Terrorismus sogar privilegiert. In Auslieferungsabkommen wer den in der Regel politische Straftaten ausgenommen. Was die einen Terrorismus nennen, ist für andere berechtigter politischer Protest, Widerstand gegen staatlichen Terror oder Freiheitskampf gegen Fremdherrschaft. Die separatistische und terroristische Uá?¡K im Kosovo wurde von der Nato unterstützt. Die kurdischen Parteien in der Türkei werden als Terroristen verfolgt, selbst wenn sie mit friedlichen Mitteln nur die Anerkennung ihrer Sprache auch in Schulen und Ämtern fordern. Ein anderes Beispiel ist Tschetschenien. Für Russland ist der Krieg ein Kampf gegen Terroristen. Für den Westen war es bis vor kurzem der Freiheitskampf eines unterdrückten Volkes. Aber nach der Annäherung Russlands an den Westen sollen wir das auf einmal anders sehen. Was ist also Terrorismus? Für Pazifisten ist das klar, sie kritisieren jede kriegerische Gewalt. Aber für die, die zum Einsatz militärischer Gewalt bereit sind, ist es schwierig. Ihre Definition von Terrorismus wird von den eigenen Interessen bestimmt und bleibt deshalb willkürlich.

Durch Unrecht zur Gerechtigkeit?

Terrorismus kann ein Ausmaß annehmen, dass er den Frieden bedroht. Der Sicherheitsrat der Uno hat das im Blick auf den 11. September festgestellt und in zwei Resolutionen polizeiartige Maßnahmen beschlossen.1 Die USA haben sich damit aber nicht begnügt, sondern das Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 UNCharta über jedes vernünftige Maß hinaus in Anspruch genommen. Weil sie den Anstifter Osama bin Laden in Afghanistan

vermuteten, haben sie unter Kriegsdrohung seine Auslieferung verlangt, sich aber nicht darauf eingelassen, seine Schuld zu beweisen, um ihn vor ein Gericht zu stellen.
Statt die Uno und das internationale Recht zu stärken, haben die USA sich für kriegerische Machtpolitik entschieden und dafür Verbündete gesucht. Dass viele Verbündete mit Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie nicht das Geringste zu tun haben wollen, wird geflissentlich übersehen. Andererseits wird die Erinnerung an den 11. September zelebriert. Noch nach Monaten haben amerikanische Fernsehnachrichten dicke Titel-Balken «AMERICA at WAR» oder «WAR against TERROR».
Der Nationalismus wird dabei in einer für uns schwer nachvollziehbaren Weise angeheizt. Aber niemand fragt, ob die hohe Zahl von fast 3000 Opfern der Anschläge unvermeidbar war. Warum haben die Geheimdienste und die Passagierkontrollen so versagt? Warum sind in so gewaltigen Hochhäusern nicht zwei möglichst weit voneinander getrennt liegende Treppenhäuser vorgeschrieben? Warum wurden Feuerwehrleute in die Türme geschickt, deren Instabilität bei einem solchen Brandinferno Fachleuten bewusst sein musste? Jetzt werden die toten Firefighter als Helden verehrt (was sie subjektiv ja auch waren). Die vielen Opfer dienen als Rechtfertigung für rigorose Einschränkungen von Menschenrechten, für die Errichtung von unfairen Kriegsgerichten, für die unkontrollierte Ächtung von Menschen und Firmen auf Terroristenlisten, für Geheimdienstvollmachten bis hin zu Mordaktionen ? und eben für Krieg.

Krieg als Mittel der Politik

Auch deutsches Militär wurde für den Krieg bereitgestellt, den der Sicherheitsrat der UN weder gebilligt noch gar gefordert hat. Den Bundestagsbeschluss dazu hat der Bundeskanzler durch die Verbindung mit der Vertrauensfrage erwirkt, die aus der Sachentscheidung eine Machtentscheidung gemacht hat. Damit erscheint der kriegerische Einsatz von Militär als norma les Mittel der Politik, sofern man nur Vertrauen zur Regierung hat. Neben dem vom Sicherheitsrat inzwischen beschlossenen Militärkontingent zur Sicherung der afghanischen Hauptstadt Kabul sind Seestreitkräfte ins Seegebiet vor Somalia und Jemen entsandt und ABC-Abwehrkräfte bereitgestellt worden. Niemand weiß, welche kriegerischen Verwicklungen daraus entstehen. Was der frühere Verteidigungsminister Rühe mit der Aufstellung der Krisenreaktionskräfte vorbereitete, ist damit unerwartet schnell zur ständigen Praxis geworden.
Den handelnden Politikern ist zuzustimmen, dass es bei der Auseinandersetzung mit den terroristischen Verbrechen des 11. September auch um freiheitliches Leben und friedliches Miteinander der Menschen und Staaten über politische, religiöse und andere Grenzen hinweg geht. Wie kann dies aber bewahrt werden, wenn man es als Erstes aufgibt? Und wie können die Spielregeln

friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Lebens verteidigt werden, wenn man sie selbst nicht beachtet? Afghanistan wurde von den USA, Saudi-Arabien und Pakistan erst den Mudschaheddin, dann den Taliban mit viel Geld und Waffen in die Hände gespielt, obwohl diese die Menschenrechte, besonders die der Frauen, mit Füßen traten und zu den schlimmsten Drogenbossen gehörten. Da ging es nicht um Freiheit und Recht, sondern um das Zurückdrängen der UdSSR in der Zeit des Kalten Krieges und um den Zugang zu den Erdölund Erdgasfeldern Mittelasiens. Das Land wurde durch die Kämpfe verwüstet und die lebenswichtige Arbeit der Hilfsorganisationen wurde immer wieder fatal gestört.

Der andere 11. September ? Anlass zum Nachdenken?

Das Datum der Attentate in New York und Washington erinnert an den 11. September vor 28 Jahren. Damals hat, von den USA gefordert und gefördert, General Pinochet in Chile gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Allende geputscht. Tausende fielen den Mördern und Folterknechten seiner Diktatur zum Opfer. Unrecht und Terror haben die USA verschiedentlich unterstützt. Beispiele waren die Unterstützung des völkerrechtswidrigen Angriffs- und Eroberungskrieges von Saddam Hussein gegen den Iran (trotz Giftgaseinsatzes) oder von Savimbi in Angola oder von Todesschwadronen in Mittelamerika. Der Nobelpreisträger Erzbischof Tutu meint: Die Amerikaner haben viele Frankensteins geschaffen.2 Aber die von ihnen mitgegründete Uno und ihre Unterorganisationen werden von ihnen viel zu wenig unterstützt. Gegen internationales Recht sperren die USA sich. In letzter Zeit haben sie die Überprüfung der Konvention gegen Biowaffen platzen lassen. Wie die Milzbrandbriefe zeigten, hatten sie die Konvention nicht eingehalten. Sie haben den internationalen Strafgerichtshof abgelehnt, der jetzt nötig wäre. Sie haben den ABM-Vertrag gekündigt, aber sie wundern sich, dass die meisten Menschen ihre Politik kritisieren, die zwischen amerikanischen und anderen Opfern so unterscheidet, dass das alle Welt als ungerecht empfinden muss, weil die eigenen moralischen Ansprüche nicht beachtet werden.

Zauberlehrlinge

Verbrechen wie am 11. September 2001 entstehen vermutlich auch aus Gewalt und Unrecht und antworten darauf.3 Osama bin Laden, sein Netzwerk Al-Qaida und die Mudschaheddin wurden von den USA und anderen gefördert, ausgerüstet und zum Partisanenkrieg gegen die als Unrecht empfundene

Besetzung Afghanistans durch die UdSSR ermutigt ? nach heutigem Sprachgebrauch also als «Terroristen» zu agieren. Als die Warlords sich gegenseitig bekriegten, wurden die Taliban gegen sie gefördert und mit ihnen wieder bin Laden und Al-Qaida.
Aus den geschäftlichen Kontakten seiner Familie kannte bin Laden ohne Zweifel die Erdöl- und Erdgasinteressen der USA in Mittelasien. Aber die USA verstanden anscheinend nicht, dass er und seine islamistischen Mitarbeiter fremde Großmachtansprüche grundsätzlich ablehnen. Für fundamentalistische Moslems sind die USA ebenso «westlich » gottlos und unmoralisch wie früher die UdSSR. Hinzu kommt in der Dritten Welt die Empörung darüber, wie die Industriestaaten ihre Macht gebrauchen, um Zugänge zu Rohstoffen zu sichern, unfaire Handelsbedingungen durchzusetzen und willfährige Diktatoren zu inaugurieren oder im Amt zu halten. Und in der islamischen Welt ist Islamismus oft auch Protest gegen Regierungen, die als Kollaborateure angesehen werden, und er ist im Schutz der Berufung auf die Religion verständlicher Protest, wo andere Proteste mit Gewalt unterdrückt werden.
Im Westen wird kaum nach dem Nährboden terroristischer Verbrechen gefragt, um Abhilfe zu schaffen und künftigen Verbrechen möglichst vorzubeugen. Die Auskunft, bin Laden sei doch Multimillionär, es könne nicht um Ungerechtigkeit gehen, greift zu kurz. Empörung über Ungerechtigkeit gibt es nicht nur bei den selbst Betroffenen, wie man seit Dr. Karl Marx und dem Unternehmer Friedrich Engels wissen sollte. Und das Ausnutzen von Unzufriedenheit hat schon Julius Cäsar praktiziert, der wahrlich nicht zur Unterschicht gehörte. Es geht deshalb darum, sowohl selbstkritisch nach Versäumnissen des reichen Westens zu fragen als auch positiv Frieden, weltweiten sozialen Ausgleich und das internationale Recht zu fördern.

Neue Wertungen

Deutschland macht beim Krieg gegen den Terrorismus mit. Manche Kommentatoren nennen das «erwachsen werden». Krieg und Gewalt als Kriterium für das Erwachsensein ist pubertärer Irrglaube. Damit arbeiten zwar weltweit die Werber fürs Militär, wenn sie sich an 16-, 17-Jährige wenden, um deren pubertäre Unsicherheit auszunutzen und ihnen einzureden, als Soldaten seien sie richtige Männer. Erwachsen ist man(n) jedoch erst, wenn man(n) solche Pseudomännlichkeit nicht mehr nötig hat und Konflikte auf rechtsstaatliche, möglichst friedliche Weise lösen kann. Deshalb sind solche Kommentare ebenso unsinnig wie die Rede von den neuen, nichtstaatlichen Konflikten.
Stehen nicht hinter den meisten innerstaatlichen Konflikten andere Staaten, die auf diese Weise ihre Interessen mit möglichst geringem eigenem Einsatz verfolgen, oder nationalistische Ideen, die Staaten zur eigenen Konstituierung hegen und pflegen?
Höchst problematisch ist ebenso die Behauptung, nun seien

die Deutschen in der Realität angekommen. Das gilt allenfalls, wenn man als Realität ansieht und akzeptiert, dass der Zugang zu Erdöl und Erdgas Kriege und Komplizenschaft mit Mafia und üblen Diktatoren rechtfertigt. Wir weigern uns, das als rechtens zu sehen, und bleiben bei dem, was das Grundgesetz fordert: Frieden, Rechtsstaat, Achtung von Grund- und Menschenrechten, Ernstnehmen des internationalen Rechts, wie wir es nach 1945 von den USA, Großbritannien und Frankreich gelernt haben und wie es auch heute von den Menschenrechtsgruppen und Friedenskirchen in den USA gegen die derzeitige Kriegspolitik vehement vertreten wird. Auch für die Außenpolitik gilt, dass Frieden und Gerechtigkeit nur gefördert werden können, wenn alle, auch die reichen und mächtigen Staaten, sich dem internationalen Recht im Rahmen der Uno unterordnen und die gemeinsamen Institutionen unterstützen.

Anmerkungen

1 Resolutionen 1368 und 1373
2 Magazin der Frankfurter Rundschau vom 12. Januar 2002
3 Chalmers Johnson:» Ein Imperium verfällt», München 2001, analysiert die Problematik der US-Politik vor allem am Beispiel Ostasiens und begründet damit die Gefahr von «Rückstößen» («Blowback» ? englischer Titel)

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/grundrechte-report/2002/publikation/nichts-ist-so-unsicher-wie-der-krieg-wer-den-terror-besiegen-will-muss-das-recht-staerken-1/
Abgerufen am: 08.11.2026